

Europäische Staaten

Experten und Schweizer Regierende sehen einen Verstoß gegen Europäische Menschenrechtskonvention

Minarette: Kippt Verbot juristisch?



Zu einem Protest vor der Schweizer Botschaft in Istanbul fanden sich Vertreter mehrerer Organisationen aus der türkischen Schwarzmeerregion ein.
Foto: ap/Usta

- SVP droht mit zweitem Referendum.
- Franzosen immer stärker gegen Islam.

Zürich/Paris. Das Schweizer Minarett-Verbot könnte auf juristischem Weg wieder gekippt werden. Der Verfassungszusatz, der den Bau der umstrittenen Gebetstürme untersagt und für den am Sonntag 57,5 Prozent der Schweizer gestimmt hatten, widerspricht nämlich laut Rechtsexperten der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK). Als Europaratsmitglied ist die Schweiz aber zu deren Einhaltung verpflichtet.

Das Wiener Boltzmann-Institut für Menschenrechte hielt in einer am Donnerstag veröffentlichten Expertise fest, dass das Minarett-Verbot "eindeutig gegen völkerrechtliche Verpflichtungen der Schweiz" verstoße. Die Schweizer Regierung ist gleicher Ansicht. Beobachter rechnen daher damit, dass sie das Minarett-Verbot nach einer Verurteilung durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte aufheben wird. Dies entspricht auch den Wünschen etwa der Türkei – Europaminister Egemen Bagis forderte Bern auf, den beim Anti-Minarett-Referendum begangenen "Fehler" zu korrigieren.

Die Schweizerische Volkspartei (SVP), treibende Kraft hinter der Volksinitiative gegen die Minarette, will ein solches Verbot allerdings mit einer weiteren Volksabstimmung bekämpfen. Die SVP pocht darauf, dass das Votum der Bürger "volle Gültigkeit" hat. "Da würden wir notfalls auch eine Volksinitiative für einen EMRK-Vorbehalt bezüglich Minaretten in Betracht ziehen, um diesen Entscheid zu verteidigen", sagte SVP-Abgeordneter Lukas Reimann gegenüber der Internetausgabe der "Neuen Zürcher Zeitung". Er wies darauf hin, dass viele andere Staaten die Menschenrechtskonvention nur mit Vorbehalt akzeptiert hätten.

Aufrufe zum Boykott

Bereits am Mittwoch hatte der türkische Minister Bagis die Muslime aufgerufen, als Konsequenz aus dem Minarett-Verbot ihr Kapital von Schweizer Banken abzuziehen. Auch Syrien und Libyen forderten einen Boykott von Schweizer Waren und Dienstleistungen. Für das Regime in Tripolis, das wegen der vorübergehenden Festnahme von Gaddafi-Sohn Hannibal in Genf seit Monaten mit Bern im Clinch liegt, ist das Schweizer Votum eine willkommene Argumentationshilfe.

Die deutsche Frauenrechtlerin Alice Schwarzer äußerte dagegen Verständnis für die Schweizer Entscheidung als Zeichen gegen "die fortschreitende Islamisierung". Sie forderte unter anderem ein Verbot der Burka (Ganzkörperverhüllung) von Frauen. Der Hamburger Filmregisseur Fatih Akin hat aus Protest gegen das Verbot die Teilnahme an der Premiere seines neuen Films in der Schweiz abgesagt. "Da ich Kind moslemischer Eltern bin, fühle ich mich durch den Volksentscheid auch persönlich betroffen", erläuterte er.

In Frankreich zeigte eine Umfrage ein wachsendes Misstrauen gegenüber dem Islam. 46 Prozent der Franzosen seien gegen Minarette und 42 Prozent gegen Moscheen, berichtete die Tageszeitung "Le Figaro". "Die Verkrampfung mit Blick auf den Islam war noch nie so stark", sagte ein Meinungsforscher des ifop-Instituts. Die Akzeptanz neuer Moscheen sei mit 19 Prozent so niedrig wie noch nie in den vergangenen zwei Jahrzehnten.

In Österreich bekräftigten die Freiheitlichen ihr Eintreten für ein Minarett-Verbot. Die FPÖ brachte im niederösterreichischen Landtag einen Antrag zur Neuanpassung der Raum- und Bauordnung ein, um den Bau von Minaretten zu erschweren.

Printausgabe vom Freitag, 04. Dezember 2009

Kommentar senden:

Name:

Mail:

Überschrift:

Text (max. 1500 Zeichen):

Postadresse:*

Senden

* Kommentare werden nicht automatisch veröffentlicht. Die Redaktion behält sich vor Kommentare abzulehnen. Wenn Sie eine Veröffentlichung Ihrer Stellungnahme als Leserbrief in der Druckausgabe wünschen, dann bitten wir Sie auch um die Angabe einer nachprüfbaren Postanschrift im Feld Postadresse. Diese Adresse wird online nicht veröffentlicht.

Wiener Zeitung · 1040 Wien, Wiedner Gürtel 10 · Tel. 01/206 99 0 · Mail:
online@wienerzeitung.at